Pressemitteilung

Kommunalwahl 2021: Ernährungsrat Marburg und Umgebung befragt Parteien zu nachhaltiger Ernährung

Der Ernährungsrat Marburg und Umgebung (EMU) hat sich als unabhängiges Netzwerk von Initiativen und Einzelpersonen im Oktober 2020 gegründet. Er will das Thema Ernährung auf die Agenda der Stadtgesellschaft setzen und den Wandel des Ernährungssystems gestalten. Er setzt dabei neben der Vernetzung der unterschiedlichen Akteure auf einen Dialog mit Politik und Verwaltung von Stadt und Landkreis.

Im Vorfeld der Kommunalwahl hat der EMU daher Fragen an die Marburger Parteien zu Ernährungspolitik und zu Ansatzpunkten für eine Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat gerichtet.

Nimmt man die Aussagen der Parteien zur Bedeutung von nachhaltiger Ernährung ernst, müsste das Thema bereits fester Bestandteil der Marburger Kommunalpolitik sein. Denn die Parteien sprechen von „höchster Priorität“ (Die Linke) , besonderer Bedeutung (Grüne) oder „sehr großer Bedeutung auf kommunaler Ebene“ (BfM), die SPD sieht sich in der Pflicht zur Aufklärung. **Der EMU fragt sich, warum diesen Einsichten nicht schon mehr Taten folgten. An ihren Bekenntnissen werden sich die Parteien nach den Wahlen messen lassen müssen.** Für die neu entstandene Klimaliste ist sie „unverzichtbarer Baustein einer klimagerechten Lokalpolitik“.

Bildung, Gesundheit und Ernährung in KiTas und Schulen gelten als wesentliche Ansatzpunkte für eine kommunale Einflussnahme auf das Ernährungssystem ,CDU und BfM nannten auch die Sozialpolitik. Für die Klimaliste sind die regionale Erzeugung und Weiterverarbeitung in der Region zentrale Stellschrauben. Die Grünen wollen, dass das Thema „in der Breite der Stadtgesellschaft“ ankommt und dazu einen Diskussionsprozess organisieren. Die SPD will eine regelmäßige Regionalmesse und eine „regionale Ernährungsstrategie“. **SPD und Grüne übernehmen damit Vorschläge des Ernährungsrates bzw. von Initiativen zivilgesellschaftlicher Gruppen.**

Auf die Frage nach den wesentlichen Elementen einer kommunalen Ernährungsstrategie, lassen die Antworten aller Parteien eine Strategie, die das gesamte Ernährungssystem in den Blick nimmt, noch nicht erkennen. Die SPD erwähnt hier das „Haus der Nachhaltigkeit“ und will Flächen für urbanes Gärtnern fördern und bereitstellen. Die Klimaliste findet das Konzept Ernährungsstrategie spannend und bringt Wirtschaftsförderung für verarbeitende Betriebe und einen städtischen Allmendehof in die Diskussion. Die Grünen haben verstanden, dass zur Entwicklung einer Ernährungsstrategie ein Prozess erforderlich ist. **Der EMU wird diesen Prozess initiieren und auch die Parteien zur Mitwirkung einladen.**

Dann wollte der EMU noch wissen, wie die Parteien die Arbeit des EMU fördern wollen. Die Grünen sagen einen „engen, ehrlichen und regelmäßige Austausch“ zu und wollen die „Ideen des EMU ins Rathaus holen“ sowie Räume und Veranstaltungsorte zur Verfügung stellen. Die Linke will Fragen des EMU ins Parlament tragen. Die CDU bringt die Vereinsförderung ins Spiel. Eine regelmäßige finanzielle und personelle Unterstützung, wie sie Ernährungsräte in anderen Städten erhalten, hält die SPD für folgerichtig, auch die Klimaliste und die BfM wollen sich dafür einsetzen. **Auch angesichts der Tatsache, dass der EMU sich um ein kommunalpolitisch bisher vernachlässigtes Thema und eine Lücke im kommunalen Klimaaktionsplan kümmert, fordert der EMU diese Förderung mit Nachdruck .**

Für die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit dem EMU schlagen die BfM eine Mitwirkung der Fraktionen vor, CDU kann sich eine beratende Funktion, einen regelmäßigen Austausch und sogar gemeinsame Kampagnen vorstellen. Die Klimaliste will dazu beitragen, dass Ratschläge und Ansätze der Pionier:innen des Wandels ernst genommen und umgesetzt werden. Die Linke will den EMU in Ausschüsse einladen und ein Netzwerk entstehen lassen, das Druck auf die Politik macht. Die Grünen wollen gemeinsam für ein ganzheitliches Ernährungssystem streiten, die SPD freut sich auf kreative Ideen und Handlungsvorschläge. **Der EMU hat eine verbindliche Mitwirkung von Vertretern von Politik und Verwaltung im Koordinationsgremium des EMU vorgeschlagen und hat sowohl die Stadt als auch den Landkreis zur gestaltenden Mitarbeit im Ernährungsrat eingeladen.**

Der Ernährungsrat ist offen für alle, die wertschätzend und kreativ den Wandel des Ernährungssystems gestalten wollen. Kontakt: info@ernaehrungsrat-marburg.de

Fragenkatalog und Anschreiben

Ernährungsrat Marburg und Umgebung

„Ernährung gehört zur Stadt, Ernährung gehört in die Stadtpolitik! Diese Auffassung setzt sich langsam durch. Ernährung hat in der Vergangenheit und wird in der Zukunft unsere Städte maßgeblich mitgestalten. Sie ist für viele Herausforderungen und kulturelle Errungenschaften unserer Zivilisation verantwortlich – beides grundlegend geprägt von Städten. Im Rückblick scheint es fast absurd, dass wir die Lebensmittelversorgung jahrzehntelang aus der Stadtentwicklung ausgeblendet haben.“
(Phillipp Stierand, Kommunale Ernährungspolitik 2018)

Fragen des Ernährungsrates Marburg und Umgebung zur Kommunalwahl am 14.03.2021

Ernährung ist von essentieller Bedeutung und berührt vielfältige Bereiche des Lebens. Die Zustimmung zu bestehenden Formen der Erzeugung und Vermarktung von Lebensmitteln nimmt ab. Viele Erzeuger und Verbraucher sind unzufrieden und wollen nicht länger ein **Ernährungssystem** unterstützen, das die Lebensgrundlagen zerstört. Sie haben sich auf den Weg zu einer Ernährungswende gemacht hat, die ein zukunftssicheres und nachhaltiges Ernährungssystem zum Ziel hat.

In vielen Städten haben sich Ernährungsräte gebildet (z.B. Köln, Frankfurt, Leipzig), die diese bestehenden Initiativen vernetzen, ihre Interessen bündeln und ihnen damit mehr politisches Gewicht verleihen. Sie kooperieren mit den Kommunen und werden in vielen Fällen von diesen (finanziell) unterstützt.

Der am 28.10.2020 gegründete **Ernährungsrat Marburg und Umgebung** baut auf dem Fundament der bestehenden Initiativen auf. Er will die Akteure dieser vielfältigen Bewegung, die Produzenten, die Konsumenten und Einzelpersonen aber auch Politik und Verwaltung in ein Netzwerk einbeziehen. Das Thema „**nachhaltige Ernährung**“ soll dauerhaft auf die Agenda der städtischen Zivilgesellschaft und der unterschiedlichen lokalen Politik- und Verwaltungsbereiche gesetzt werden.

Der **Ernährungsrat Marburg und Umgebung** holt die **Ernährungspolitik** zurück in die Region und auf die kommunale Ebene. Veränderungen lassen sich sicher nicht allein durch lokales Handeln erreichen – aber es gibt kommunale Spielräume, die genutzt werden sollen. Anforderungen einer guten und nachhaltigen Ernährung sollen in allen Politikbereichen berücksichtigt und umgesetzt werden. Positive Ansätze sollen erleichtert, unterstützt und ermöglicht werden. Lokal und regional sollen möglichst gute Bedingungen für ein gerechtes, effektives und ökologisches **Ernährungssystem** geschaffen werden.

Der **Ernährungsrat Marburg und Umgebung** fordert **die Entwicklung einer Ernährungsstrategie**, die das ganze Ernährungssystem von der Erzeugung bis zur Entsorgung im Blick hat. Er strebt dabei einen **aktiven Dialog** zwischen Politik, Verwaltung, Landwirtschaft, Verarbeitungsbetrieben, Vertriebsorganisationen und Verbrauchern an, um so langfristig Änderungen des lokalen Ernährungssystems zu erreichen.

Der **Ernährungsrat Marburg und Umgebung** ist in Arbeitskreisen zu den Themen Ernährungsbildung, Vermarktung, Abfallreduzierung und nachhaltige Außer-Haus-Verpflegung organisiert. Er versteht sich als Impulsgeber, um Entwicklungen im lokalen Ernährungssystem anzustoßen, Projekte zu initiieren und mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf Themen aufmerksam zu machen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie um die Beantwortung folgender Fragen:

(1) Welche Bedeutung sollte aus Ihrer Sicht das Thema „nachhaltige Ernährung“ für die kommunale Politik haben?

(2) In welchen Politikbereichen sehen Sie wesentliche Ansatzpunkte für eine kommunale Einflussnahme auf das Ernährungssystem?

(3) Welche wesentlichen Elemente hat Ihre kommunale Ernährungsstrategie? Wie wollen Sie die Entwicklung dieser Ernährungsstrategie auf den Weg bringen?

(4) Wie wollen Sie die Arbeit des Ernährungsrates fördern?

(5) Wie wollen Sie die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit dem Ernährungsrat gestalten?

Antworten der Klimaliste

Sehr geehrter Herr Weingran, liebe Mitglieder des Ernährungsrats Marburg und Umgebung,

vielen Dank für Ihre Nachricht. Wir freuen uns sehr darüber, dass Sie auf uns zukommen, da wir uns eine Kooperation mit Ihnen ausdrücklich wünschen. Ich persönlich bin mit dem Konzept der Ernährungsräte gut vertraut, habe im Rahmen meiner Erwerbsarbeit viel mit dem Ernährungsrat Köln und Umgebung zu tun und verfolge die Aktivitäten in Marburg von Beginn an mit großem Interesse.

In unserem Wahlprogramm beschäftigen wir uns ausführlich mit den Themen (Lebensmittel-)Konsum, Landwirtschaft und Ernährung und begreifen diese als miteinander verbunden. Im Lebensmittel-Sektor läuft im Moment vieles falsch, und wir sehen große Probleme auf mehreren Ebenen – aber auch viel Potenzial für positive Veränderung. Dabei geht es uns sowohl um Nachhaltigkeit im ökologischen Sinne als auch um soziale Gerechtigkeit.
Unsere Liste gibt es erst ganz kurz, und noch haben wir nicht zu jeder Ihrer Fragen eine gemeinsame Position.

Ich habe Ihre konkreten Fragen daher teils auf Basis unseres vor kurzem erarbeiteten Wahlprogramms beantwortet, teilweise auf Basis der von mir eingeschätzten Grundhaltung der Gruppe. Insgesamt lege ich Ihnen unser Wahlprogramm noch einmal in den Bereichen Landwirtschaft, Ernährung und Abfall und Konsum ans Herz.
Im Anhang finden Sie ein Dokument mit den beantworteten Fragen. Wir freuen uns sehr, weiter mit Ihnen in Kontakt zu bleiben und sind dankbar für Anregungen zur Erweiterung unseres Wahlprogramms!

Mit freundlichen Grüßen,

Isabella Aberle, Klimaliste Marburg / Marburg-Biedenkopf

1. **Welche Bedeutung sollte aus Ihrer Sicht das Thema „nachhaltige Ernährung“ für die kommunale Politik haben?**

Aus Sicht der Klimaliste Marburg-Biedenkopf ist nachhaltige Ernährung unverzichtbarer Baustein einer klimagerechten Lokalpolitik.

Wie Sie wissen, trägt die aktuelle Lebensmittelproduktion erheblich zum Ausstoß von Treibhausgasen bei. Ein großer Faktor ist dabei die Massenproduktion von tierischen Produkten, aber auch der Transport spielt eine erhebliche Rolle. Für den Anbau von Gemüse außerhalb der Saison werden zudem energieaufwendig beheizte Treibhäuser genutzt. Weitere Probleme im Lebensmittel-Sektor sind die großen Mengen an Verpackungsmüll sowie die Verschwendung von Lebensmitteln.

Damit eine klimaverträgliche Ernährungswende gelingt, muss der Konsum von tierischen Produkten reduziert und der Anteil von saisonal und regional erzeugten Lebensmitteln gesteigert werden. Dafür sehen wir auf kommunaler Ebene viel Potential.

2. **In welchen Politikbereichen sehen Sie wesentliche Ansatzpunkte für eine kommunale Einflussnahme auf das Ernährungssystem?**

Eine Stellschraube ist die regionale Erzeugung von Lebensmitteln. Wir sehen z. B. Möglichkeiten im Bereich der Landvergabe von kommunalem oder städtischem Pachtland an SoLaWis. Wir denken, dass jede Stadt eine oder mehrere SoLaWis haben kann und auch haben sollte. Dazu gibt es bereits Ansätze im Klima-Aktionsplan der Stadt Marburg. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Aufbau und die Ansiedlung von weiterverarbeitenden Betrieben für landwirtschaftliche Produkte in der Region. Hier kann gezielte Wirtschaftsförderung ein Weg sein. Auch der emissionsfreie Transport und die Förderung

von kurzen Wegen im regionalen Ernährungssystem lässt sich gut mit unseren Forderungen im Bereich Mobilität verbinden.

3. Welche wesentlichen Elemente hat Ihre kommunale Ernährungsstrategie? Wie wollen Sie die Entwicklung dieser Ernährungsstrategie auf den Weg bringen?

Wir haben den Begriff einer Ernährungsstrategie nicht verwendet, finden das Konzept aber spannend und würden uns über Austausch freuen. Generell setzen wir auf eine Erhöhung der Selbstversorgungsrate in der Region, die Stärkung von Pionier*innen des Wandels, Verminderung des Fleischkonsums, Einflussnahme auf die Menüs von Mensen und Kantinen durch Wirtschaftsförderung für Vorverarbeitungsbetriebe als Schnittstelle von regionaler Landwirtschaft und Kantinen und verbindliche Abnahmevereinbarungen in diesem Bereich. Außerdem stellen wir uns einen städtisch getragenen Allmendehof vor, auf dem Gemüse für Menschen in der Stadt angebaut wird, Bürger*innen Teilhabe am Ernährungssystem haben können und der Humusaufbau praktisch erforscht wird. Solch ein Ort wäre ein wichtiger Bildungsort für das Thema nachhaltige Ernährung

4. Wie wollen Sie die Arbeit des Ernährungsrates fördern?

Aus unserem Wahlprogramm zitiert:

In Stadt und Landkreis gibt es Bestrebungen hin zu einem höheren Grad der Selbstversorgung mit Lebensmitteln aus dem Landkreis, die wir unterstützen. Um auf dieses Ziel hinzuarbeiten, ist ein enger Austausch mit Erzeuger*innen und Verbraucher*innen, dem Lebensmitteleinzelhandel und Kantinen nötig. Der vor kurzem gegründete Ernährungsrat besteht unseres Wissens nach derzeit vor allem aus Konsument*innen und Initiativen, die bereits im Bereich Ernährung aktiv sind. Die Kommunikation mit weiteren relevanten Gruppen sollte ausgebaut und Ergebnisse aus dem Dialog von den politischen Entscheidungsträger*innen verbindlich umgesetzt werden.

5. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit dem Ernährungsrat gestalten?

Aus unserer Sicht sollten Stadt und Landkreis die Aktivitäten des Ernährungsrats finanziell und durch das Stellen von Infrastrukturen fördern. Wichtig wäre auch die Intensivierung des Austausches des Ernährungsrats mit landwirtschaftlichen Betrieben aus der Region, auch hier kann der Landkreis und die Stadt vermitteln, zumal es ja sowohl städtisches als auch kommunales Pachtland gibt, auf dem Betriebe wirtschaften. Hier wäre ein Ansatz, die Pachtvergabe solchen Landes an eine Kooperation mit dem Ernährungsrat zu koppeln.

Politik und Verwaltung sollten Pionier*innen des Wandels fördern und deren Ratschläge und Ansätze ernst nehmen und umsetzen. Dabei ist unserer Meinung nach allerdings wichtig, dass Politik und Verwaltung keine zu starke Rolle im Ernährungsrat einnehmen, da dies seine Unabhängigkeit beeinträchtigen würde.

Wenn Sie mehr erfahren wollen, lesen Sie gern in unserem Wahlprogramm nach (besonders bei den Themen Ernährung, Landwirtschaft sowie Abfall und Konsum. Wir freuen uns auf einen weiteren Austausch!

Antworten LINKE Marburg-Biedenkopf und Marburger Linke

Zu 1. Welche Bedeutung sollte aus Ihrer Sicht das Thema „nachhaltige Ernährung“ für die kommunale Politik haben?

„Nachhaltige Ernährung“ zählt gerade gegenwärtig zu den wichtigsten gesellschaftlichen Themen: Die klassischen „Zivilisations-“/Volkskrankheiten wie Adipositas, Diabetes, Herz-Kreislauferkrankungen bis hin zu Malignomen sind zu einem erheblichen Teil auf ungesunde Ernährung zurückzuführen. Unser Ziel als Linke vor Ort, aber auch in der Landes- und Bundespolitik ist es, nicht nur eine verbesserte Ernährungssituation der Gesamtbevölkerung zu erreichen, sondern uns insbesondere auch für ein gesundes regionales Nahrungsangebot für Menschen mit niedrigem Einkommen einzusetzen. Der Anteil fehlernährter und kranker Menschen in ärmeren Bevölkerungskreisen ist sehr viel höher, weil aufgrund niedriger Haushaltseinkommen oftmals gar keine Möglichkeit besteht qualitativ hochwertige und daher teurere Lebensmittel zu kaufen und deshalb auf die Billigprodukte der Industrie zurückgegriffen werden muss.

Der Konsum hochverarbeiteter Industriekost wie sie in Supermärkten der Global Player vorherrscht, spielt hinsichtlich der Fehlernährung eine große Rolle. Preiswerte aber extrem gesundheitsschädliche Grundstoffe, wie z.B. Fruktose-/Glucosesirup oder gehärtete Fette uvm. sind eine Voraussetzung dafür, dass billigst produziert werden kann. Aber es gibt noch weitere Risikofaktoren. Restbestände giftiger Pestizide und Insektizide finden sich in einem großen Anteil konventionell produzierter Früchte, Gemüse oder Getreide. Bei nicht regional produzierten Nahrungsmitteln kommen zum Teil hochgiftige Konservierungsstoffe hinzu (z.B. auf Zitrusfrüchten, Avocado und anderen Früchten aus fernen Ländern). Spuren von Glyphosat und anderen Pestiziden und Insektiziden gefährden nicht nur Insekten oder „Unkraut“, sondern auch das Nervensystem des Menschen. Fleisch und Molkereiprodukte aus konventioneller Tierzucht sind mit Antibiotika-Restbeständen belastet und begünstigen die Entstehung von Antibiotika-Resistenzen – ganz abgesehen vom ethischen Aspekt und der Missachtung des Tierschutzgesetzes. Ein weiterer Grund, warum so billig produziert werden kann: Die Kosten für die immensen Schäden die durch die industrielle Produktion und Vermarktung für Boden, Wasser, Luft und die Gesundheit der Menschen entstehen, sind nicht von den Verursacher*innen, sondern von der Allgemeinheit zu tragen.

Aus den genannten Gründen sind wir Linke der Meinung, dass das Thema „nachhaltige Ernährung“ höchste Priorität nicht nur global und auf Bund- und Länderebene haben sollte, sondern gerade auch in der Politik vor Ort. Hier könnten und sollten in vielfacher Hinsicht gute Rahmenbedingungen für regional erzeugte Nahrung und deren Absatz geschaffen werden, denn das trägt gleichzeitig zur Verbesserung der Gesundheit der hier lebenden Menschen, dem Erhalt einer gesunden Landschaft und Wasserqualität aber auch der Wirtschaft in der Region bei.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf sollte hier mit guten Beispiel vorangehen und in der Verwaltung und Schulen nur ökologische Produkte und vorwiegend aus der Region bzw. fair gehandelt in den Cafeterien und Schulmensen anbieten.

Sowohl der Landkreis Marburg-Biedenkopf als auch die Stadt Marburg sind durch Antragsinitiative der LINKEN der Kampagne „Fairtrade-Towns“ beigetreten, die durch den gemeinnützigen Verein TransFair gestartet wurde. Ziel ist es, benachteiligte Produzentenfamilien in Afrika, Lateinamerika und Asien zu fördern und durch den fairen Handel deren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Niedrigessenspreise sind auch für ärmere Länder ein großes Problem. Der Landkreis muss bereit sein, in seinem Zuständigkeitsbereich für gute und fair gehandelte Ernährung ausreichend Geld auszugeben

und dies zu fördern. Um Fairtrade Landkreis zu sein, braucht man bislang nur eine Sorte fair gehandelten Kaffees in kreiseigenen Einrichtungen anzubieten. Dies müsste man auf alle Produkte ausweiten, die dort angeboten werden.

Zu 2. In welchen Politikbereichen sehen Sie wesentliche Ansatzpunkte für eine kommunale Einflussnahme auf das Ernährungssystem?

Die Entwicklung einer Ernährungsstrategie durch Gremien der Stadt- und Kreispolitik wäre zu begrüßen. Es gibt verschiedene punktuelle Aktivitäten, die irgendwie mit Ernährung zu tun haben, wie die Tafeln, das Marburger Suppenfest, Gesundheitstage, oder die gelegentliche Betonung der Bedeutung regionaler Produkte. All das ist noch kein Ernährungskonzept. Tafeln lindern zwar die Not (wobei es eine Schande ist, dass Menschen mit wenig Geld sich überhaupt an diese wenden müssen), allerdings kann hier von einem ausgewogenen Nahrungsangebot nicht gesprochen werden, da nur das konsumiert werden kann, was zufällig gespendet wurde. Auch können nicht alle bedürftigen Stadt- und Kreisbewohner*innen das Angebot der Tafeln in Anspruch nehmen

Es gibt viele Politikbereiche in Stadt und Kreis, die an einer Ernährungsstrategie beteiligt werden könnten. Im Bildungsbereich zum Beispiel gäbe es die Möglichkeit, über kostenlose VHS-Kurse zum Thema Ernährung/gesunde Nahrungszubereitung allen Kreisbewohner*innen Angebote zu einer ökologischen und gesunden Ernährung zu machen. Ebenso sollte an Grund- und weiterführenden Schulen Kochen und nachhaltige Ernährung z.B. in Projektwochen über Bildungsangebote des Landkreises gefördert werden. Allerdings muss man sich auch damit auseinandersetzen, dass eine gute und ökologische Ernährung für bestimmte Gruppen von Menschen in Deutschland, wie bereits erwähnt, momentan nicht möglich ist. Im aktuellen Hartz 4-Regelsatz von 416 Euro fallen dabei 145,40 Euro für die Verpflegung an. Wird dies nun durch 30 Monatstage geteilt, dann ergibt dies einen täglichen Verpflegungssatz von 4,85 Euro. Zwar kann der Hartz IV Satz auf kommunaler Ebene nicht erhöht werden, zumindest könnte man aber den Mittagstisch für Kinder kostenlos anbieten und alle Träger finanziell so ausstatten, dass ökologische Produkte aus der Region. eingekauft werden können. In allen Mensen und Kantinen des Landkreises wird momentan viel an Essen weggeworfen, das man anderweitig verteilen könnte. Stadt und Kreis müssen sich hier kluge, nicht diskriminierende Konzepte ausdenken, um auch ärmeren Menschen einen Zugang zu einer biologischen und nachhaltigen Ernährung anzubieten, z. B. auch durch gemeinsames Kochen in Mehrgenerationenhäusern, bei Senior*innentreffen, dem Angebot fair gehandelter Produkte bei allen Veranstaltungen des Landkreises.

Zu 3. Welche wesentlichen Elemente hat Ihre kommunale Ernährungsstrategie? Wie wollen Sie die Entwicklung dieser Ernährungsstrategie auf den Weg bringen?

Wir als Linke begrüßen die Gründung eines Ernährungsrates jetzt auch in unserer Region. Wir sind bei der Umsetzung unserer nachfolgenden Forderungen auf viele weitere Ideen und das Know-how von Fachleuten, wie sie in Ihrem Gremium vertreten sind angewiesen um umfassende Ernährungskonzepte und -strategien gemeinsam voranzutreiben und freuen uns auf eine Zusammenarbeit. Gerne unterstützen wir als Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete Ihre Anliegen in den diversen Gremien von Stadt und Kreis und bringen mit Ihnen zusammen diese Ideen ggf. in Form von Anträgen in die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg und den Kreistag des Landkreises Marburg-Biedenkopf ein. Sie können sich auf unsere Unterstützung verlassen.

Unsere kommunalpolitischen Forderungen dazu umfassen in Stichworten:

Ausbau regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte durch die (Wieder-)Ansiedlung regionaler (und kommunaler) Schlachthöfe, Molkereien und Getreidemühlen zu Preisen, von denen die Landwirt*innen gut leben können;

kostenfreie, gesunde und weitestgehend regionale Verpflegung (zumindest fair gehandelt) an allen Schulen, Kindertagesstätten und (öffentlichen) Kantinen;

Auf Kreisebene versucht die LINKE schon seit Jahrzehnten, auf das Thema „nachhaltige Landwirtschaft“ hinzuweisen. Es müssen finanzielle Anreize geschaffen werden für ökologische Nahrungsmittelproduktion: Ackerland darf nicht Spekulanten überlassen werden, die große Flächen kaufen und dann Raps oder Mais für die Energieproduktion in Biogasanlagen zu produzieren. Biogas ist ein wichtiges Thema – doch es sollte ausschließlich aus anfallendem Abfall in Küche/Garten bzw. Rasenschnitt etc. (Grünanlagen in den Städten) realisiert werden. Landwirt*innen, die auf ökologische Nahrungsmittelproduktion umsteigen wollen, müssen umfassend beraten und auch finanziell unterstützt werden. Ökologisch produzierte Nahrungsmittel müssen im Handel leichter erkennbar gemacht werden – und es ist wichtig, ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber konventionell produzierten Nahrungsmitteln zu fördern.

Zu 4. Wie wollen Sie die Arbeit des Ernährungsrates fördern?

Indem wir uns gemeinsam für ein regionales, ökologisches und faires Ernährungssystem in der Region einsetzen und in Augenschein nehmen, was in den Städten und Landkreisen bisher kaum beachtet wird: die ganze Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Teller.

In dem wir die Fragen des Ernährungsrates in die Parlamente bringen: Wie können wir dafür sorgen, dass unser/e Stadt/Kreis auch unter dem Stress des Klimawandels sicher und vielfältig aus der Region ernährt werden kann? Welche Infrastruktur in Handel und Verarbeitung ist dazu notwendig? Wie kommen wir weg von weiten Transportwegen für Tiere, Obst und Gemüse hin zu lokalen Kreisläufen, ökologisch, tiergerecht und fair gegen über Mensch und Natur?

Durch enge Kooperation miteinander und verstärktes Auftreten, auch von Bürger*innengruppen in den Ausschüssen und Parlamenten.

Der Antrag der Linken „Nur Ökonahrungsmittel in der Kantine im Landratsamt anwenden“ wurde im Kreistag überparteilich begrüßt – doch wegen angeblich mangelnder Verfügbarkeit ausreichender Mengen bzw. Vielfalt ökologisch produzierter Nahrungsmittel letztlich doch abgelehnt. Es sei teuer und der Landkreis müsse sparen.

Zu 5. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit dem Ernährungsrat gestalten?

Über direkte Kontakte und Zusammenarbeit, auch mit weiteren Gruppen, die ähnliche Ziele verfolgen (z.B. das Projekt Gemeinwohl-Ökonomie, dem Hof Fleckenbühl, Imker-Vereinen und Naturschutzgruppen, Fridays for future, BUND und NABU) könnte sich ein reges Netzwerk bilden, dass Druck auf Politiker*innen vor Ort ausüben könnte. Anträge und Anliegen des Ernährungsrates würden wir auch als Fraktion in den Kreistag und das Stadtparlament einbringen und für Mehrheiten bei anderen Parteien werben. Zudem sollte der Ernährungsrat regelmäßig in den Ausschuss Wirtschaft Energie und Landwirtschaft des Landkreises eingeladen und angehört werden. Die Linke setzt sich seit Jahren dafür ein, dass auch Bürger*innen ein Antragsrecht im Kreistag haben und eine Bürger*innensprechstunde eingerichtet wird, in der Jede/r Fragen stellen darf.

Zuletzt ist es auch wichtig, mehr politische Veranstaltungen und Bildungsreihen zum Thema Ernährung anzubieten (sowohl online als auch Präsenz). Zum Beispiel hatte die LINKE eine sehr gut besuchte Veranstaltung mit Frau Dr. Kirsten Tackmann, der agrarpolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, im TTZ in Marburg durchgeführt. Frau Tackmann setzt sich seit mehr als 15 Jahren im Bundestag für eine Landwirtschaft, die

nachhaltig und frei von Grüner Gentechnik ist und die Stärkung regionaler Kreisläufe und faire Handelsregeln zur Sicherung kostendeckender Erzeugerpreise ein. Marburg,

27.01.2021 Kontakt: DIE LINKE. Marburg-Biedenkopf Bahnhofstraße 6 35037 Marburg Telefon: 06421 / 163873 Fax: 06421 / 175618 info@die-linke-marburg.de https://www.die-linke-marburg.de

Antworten Bürger für Marburg, Andrea Suntheim-Pichler

1)Welche Bedeutung sollte aus Ihrer Sicht das Thema „nachhaltige Ernährung“ für die kommunale Politik haben?

Für immer mehr Menschen bekommt Essen eine immer größere Bedeutung. Sei es unter dem Aspekt Gesundheit oder Klimaschutz. Oder um auf die Schieflage unseres Ernährungssystem aufmerksam zu machen. Das geht nur mit Nachhaltigkeit. Aus diesem Grund muss nachhaltige Ernährung eine sehr große Bedeutung auf der kommunalen Ebene haben, da wir hier die Menschen besser erreichen als über die Landes- oder Bundesebene.

(2) In welchen Politikbereichen sehen Sie wesentliche Ansatzpunkte für eine kommunale Einflussnahme auf das Ernährungssystem? In erster Linie in der Sozialpolitik, da zu einer nach haltigen Ernährung alle sozialen Schichten einen Zugang bekommen müssen. Besonders die bildungsfernen Gruppen müssen mit im Boot sein, wenn wir Gesundheit und Klimawandel positiv über den Ernährungsrat beeinflussen wollen. Des Weiteren in der Umweltpolitik. Hier ergibt sich ein großes Tätigkeitsfeld, um die richtigen Weichen für alle ‚Lebensmittel- Akteure‘ in Marburg zu stellen. Auch über das Schul- und Bildungspolitik muss Einfluss auf unser Ernährungssystem genommen werden. Ideologiefrei und wissenschaftlich fundiert.

(3) Welche wesentlichen Elemente hat Ihre kommunale Ernährungsstrategie? Wie wollen Sie die Entwicklung dieser Ernährungsstrategie auf den Weg bringen? Non-formale Bildung, Netzwerke, Begeisterung. Das sind die Hauptbestandteile meiner Strategie. Ich persönlich arbeite im Ernährungsrat von Anfang an mit. Alle tun hier als ehrenamtlich Engagierte das Beste. Wenn wir den Schritt in die Semi-Professionalität schaffen wollen, dann braucht es finanzielle Unterstützung und eine verlässliche personelle Ausstattung.

(4) Wie wollen Sie die Arbeit des Ernährungsrates fördern? Mit viel Öffentlichkeitsarbeit in allen gängigen Formaten, wie Informationsveranstaltungen mit hochkarätigen Rednern, Presse und digitale Medien, um in allen gesellschaftlichen Ebenen dieser Stadt den Ernährungsrat bekannt zu machen. Dies geht nur mit finanzieller und personeller Unterstützung.

(5) Wie wollen Sie die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit dem Ernährungsrat gestalten? Da der Ernährungsrat in der einen oder anderen Sache die Unterstützung des Stadtparlaments benötigen kann, sollten die Fraktionen in irgendeiner Art an den Zusammenkünften des Ernährungsrates teilnehmen. Die Politik muss in erster Linie über den Ernährungsrat, sein Tun und seine Intension informiert sein. Der Ernährungsrat kann eine beratende Funktion für das Stadtparlament darstellen, z.B. in der Frage der Bereiche Lebensmittelverschwendung, wie sich weitere SoLaWis gründen können. Und für mich der wichtigste Punkt der Zusammenarbeit: Die gemeinsame Umsetzung des Klimaaktionsplans 2030.

Antwort CDU

Sehr geehrter Herr Weingran,

im Auftrag der Marburger CDU und dem Oberbürgermeisterkandidaten Dirk Bamberger sende ich Ihnen die Antworten auf Ihre Fragen. Vielen Dank noch einmal für den zeitlichen Aufschub und Ihr Verständnis.

Bevor ich auf Ihre Antworten eingehe, möchte ich noch ein paar generelle Worte sagen. In Marburg setzt sich die CDU schon seit Jahren dafür ein, dass die Mahlzeiten in den Kindertagesstätten und Schulen beispielsweise ausgewogen und eben nach Bio-Standard zubereitet werden. Uns ist natürlich auch klar, dass das Bewusstsein für gesunde Ernährung vor allem vom Elternhaus geprägt wird und das in vielen Familien häufig nicht klappt. Da sieht die CDU auf jeden Fall noch weiteren Handlungsbedarf.

1. Welche Bedeutung sollte aus Ihrer Sicht das Thema „nachhaltige Ernährung“ für die kommunale Politik haben?

Nachhaltigkeit sollte nicht nur in der Klimapolitik eine Rolle spielen. Nachhaltigkeit sollte einer der wichtigen Antriebe in der Kommunalpolitik sein, und zwar auf allen Ebenen – auch was die Ernährung und die Versorgung mit Lebensmitteln angeht. Und da wollen wir als CDU mit gutem Beispiel voran gehen und beispielsweise die Versorgung der öffentlichen Einrichtungen mit gesundem Essen in Bioqualität weiter ausbauen. Weiterhin wollen wir Angebote schaffen, um sich über nachhaltige Ernährung zu informieren, bspw. in der Volkshochschule oder bei der Lehrer- bzw. Erzieherfortbildung.

2. In welchen Politikbereichen sehen Sie wesentliche Ansatzpunkte für eine kommunale Einflussnahme auf das Ernährungssystem?

Ich sehe vor allem in den sozialen Bereichen, in der Landwirtschaft und in der Gesundheitspolitik mögliche Ansatzpunkte und das vor allem in der Prävention. Denn nur durch Aufklärung, aber auch vor allem durch das Vorleben und Angebote schaffen kann sich etwas verändern. Bürgerinnen und Bürger können immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, was sie selbst tun können. Die Verwaltung sollte mit gutem Beispiel voran gehen, die Landwirtschaft entsprechend unterstützt werden, um nachhaltig produzieren zu können.

3. Welche wesentlichen Elemente hat Ihre kommunale Ernährungsstrategie? Wie wollen Sie die Entwicklung dieser Ernährungsstrategie auf den Weg bringen?

Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass vor allem regionale Lieferketten ausgebaut und unterstützt werden müssen. Regionale Anbieter und Erzeuger produzieren vor Ort und haben kurze Transportwege, die wiederum wesentlich nachhaltiger und umweltschonender sind. Weiterhin muss die Innenstadt so attraktiv gestaltet werden, dass es sich lohnt dort bspw. essen zu gehen, als ins Fast Food Restaurant zu fahren. Das Angebot muss breiter und ansprechender ausgebaut werden. Ein Innenstadtbesuch muss wieder ein Erlebnis werden, auch kulinarisch.

4. Wie wollen Sie die Arbeit des Ernährungsrates fördern?

Gerade die kommunalen Bereiche, die von diesen Fragestellungen im Wesentlichen betroffen sind (Jugend und Soziales sowie Schulen) haben in der Vergangenheit auch schon fachliche Expertise in diesen Fragestellungen konsultiert. Ein regelmäßiger Austausch sollte auf jeden Fall installiert werden. Ebenso eine Unterstützung im Rahmen der städtischen Vereinsförderung. Der Aufbau eines Netzwerkes ist ebenso förderlich wie das vorbereiten und durchführen von gemeinsamen Projekten und Kampagnen.

5. Wie wollen Sie die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit dem Ernährungsrat gestalten?

Die Zusammenarbeit mit Experten zu dieser Thematik wird auch weiterhin eine große Bedeutung haben. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist anzustreben, wobei der Ernährungsrat eine beratende Funktion behalten wird.

Mit freundlichen Grüßen

Katja Peters

CDU-Fraktion Marburg

Gisselberger Str. 17
35037 Marburg

Telefon: +49 6421 22053
Mail: katja.peters@cdu-marburg.de

Antwort Landrätin Kirsten Fründt (SPD)

1. Welche Bedeutung sollte aus Ihrer Sicht das Thema „nachhaltige Ernährung“ für die kommunale Politik haben?

Für mich hat das Thema ‚nachhaltige Ernährung‘ als Agrar-Ingenieurin einen hohen Stellenwert. Und es hat darüber hinaus auch politisch eine große Bedeutung, weil Ernährungsfragen und politische Entscheidungen in diesem Bereich eine enorme Wirkung haben in anderen Politikfeldern haben, zum Beispiel regionale Wertschöpfung, Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe vor Ort, Transportwege, Gesundheit, Klimaschutz, Ressourcenschutz, Tierschutz und so weiter.

(2) In welchen Politikbereichen sehen Sie wesentliche Ansatzpunkte für eine kommunale Einflussnahme auf das Ernährungssystem?

*Selbstverständlich in der Bürger*innen-Beteiligung, in der Regional- und Kreisentwicklung, in Wirtschaftsförderung und Standortmarketing aber auch in den Schulen, vor allem in der Schulverpflegung, unter anderem dem Modell-Projekt der regionalen, biologischen und klimaneutralen Schulverpflegung.*

(3) Welche wesentlichen Elemente hat Ihre kommunale Ernährungsstrategie? Wie wollen Sie die Entwicklung dieser Ernährungsstrategie auf den Weg bringen?

*Im Wesentlichen sehe ich hier die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten durch eine strukturierte Förderung des Erzeuger-Verbraucher-Dialogs. Dazu gehören Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzungsarbeit. Vor allem auch die Anschub-Unterstützung erfolgversprechender Konzepte und Ideen, wie z. B. dem Oberstadtladens für regionale Produkte, einen Verkaufsautomaten an der Kreisverwaltung, Präsentation von Direktvermarkter*innen während der Neujahrsempfänge des Landkreises usw.*

(4) Wie wollen Sie die Arbeit des Ernährungsrates fördern?

Zunächst durch mein persönliches Interesse und meine umfassende Gesprächsbereitschaft sowie die weitere Mitarbeit der zuständigen Mitarbeitenden der von mir geleiteten Kreisverwaltung. Darüber hinaus möchte ich das Klimaschutz-Aktions-Programm des Landkreises, das wir aktuell erfolgreich umsetzen, fortschreiben – auch mit Aspekten gesunder, regional produzierter und nachhaltiger Nahrungsmittel. Dasselbe gilt für das Nachhaltigkeitskonzept des Landkreises, das wir gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln und fortschreiben werden. Darüber hinaus wird sich sicher auch das aktuelle Projekt, mit dem der Landkreis Marburg-Biedenkopf „Fairer Landkreis“ werden soll, sich positiv auf die Arbeit des Ernährungsrats auswirken.

(5) Wie wollen Sie die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit dem Ernährungsrat gestalten?

*Die Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung ist ja durch den Fachbereich Ländlicher Raum und Verbraucherschutz gewährleistet, da die dort zuständigen Kolleg*innen bereits im Ernährungsrat mitarbeiten. Darüber hinaus ist der Fachdienst Kreisentwicklung über die Förderung in der Dorf- und Regionalentwicklung ebenfalls eingebunden. Durch den Fachdienst Kreisentwicklung, der organisatorisch in der Stabsstelle Dezernatsbüro der Landrätin angesiedelt ist, bin ich auch als Person und somit die politische Ebene im Landkreis direkt nah am Thema dran.*

Antwort OB Stadt Marburg, Dr. Thomas Spies (SPD)

1. Welche Bedeutung sollte aus Ihrer Sicht das Thema „nachhaltige Ernährung" für die kommunale Politik haben?

Die Klimakrise bewältigen wir nur, wenn wir als Kommune wie als Stadtgesellschaft unseren Beitrag leisten. Dazu möchte ich Menschen mit guten Angeboten und überzeugenden Informationen gewinnen.

Nachhaltige Ernährung ist, über das eigene Verhalten nachzudenken und neues auszuprobieren – sie macht Spaß und schmeckt vor allem gut. Nachhaltig ist Ernährung, wenn sie sowohl die Menschen gesund hält, als auch Umwelt und vor allem Lebewesen schützt. Als Kommune sind wir in der Pflicht durch Aufklärung aber auch die Förderung von attraktiven Angeboten für gesunde und möglichst tierarme Ernährung zu werben. Dazu gehört es zum Beispiel auch, Angebote von regionalen Anbieter*innen zu unterstützen, soweit möglich, da gerade die Regionalität bei Nachhaltigkeit eine übergeordnete Rolle spielt.

(2) In welchen Politikbereichen sehen Sie wesentliche Ansatzpunkte für eine kommunale Einflussnahme auf das Ernährungssystem?

Die wichtigsten Ansatzpunkte sind

- Die frühe Förderung gesunder und nachhaltiger Ernährung in Schulen und KiTas und besonders die Freude an gesunder Ernährung fördern
- die Öffentlichkeitsarbeit für gesunde Ernährung und insbesondere regionale Ernährung
- die Unterstützung von Anbietern gesunder, nachhaltiger Ernährung, wie z. B. SoLaWis oder eines nachhaltigkeitsorientierten Handels.
- Die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen regionalen Anbietern und Verbrauchern Ich strebe eine regelmäßige Regionalmesse an, mit der Produzenten und Verbraucher zusammengebracht werden, und unterstütze gemeinsam mit dem Landkreis regionale Anbieter.
- Am Ende brauchen wir eine regionale Ernährungsstrategie, die das ganze Ernährungssystem von der Erzeugung bis zur Entsorgung im Blick hat und insbesondere auch die Frage Wasser einbezieht.

Auch als Stadt haben wir eine wichtige Rolle im Bereich nachhaltige Ernährung. Die Gründung des Ernährungsrats als Teil des des Klimaaktionsplans fand ich persönlich deswegen einen wichtigen und bereichernden Schritt. Wir können dadurch als Stadt auf die Hinweise, die Tipps, und die Recherche eines eigens geschaffenen Gremiums zurückgreifen und von dieser Expertise profitieren.

(3) Welche wesentlichen Elemente hat Ihre kommunale Ernährungsstrategie? Wie wollen Sie die Entwicklung dieser Ernährungsstrategie auf den Weg bringen?

Grundsätzlich verstehe ich es als unsere Aufgabe die Vernetzung von Bürger*innen, Aktivist*innen, der lokalen Politik, Universität, Verwaltung und regionale (Land-) Wirtschaft als gleichberechtigte Partner*innen auf Augenhöhe zu unterstützen.

Ernährung ist Spaß und Gewohnheit. Deshalb bieten wir in unseren Kitas nicht nur pflanzliche Alternativen, sondern viel selbst zubereitetes und möglichst fleisch- und tierfreies

Essen an. So lernen schon die Kleinsten wie gesunde und nachhaltige Ernährung funktioniert. Das möchte ich auch in den Schulen weiter voranbringen.

Wo wir können setzen wir Standards für das Anbauen und Lebensmitteln: ohne Gentechnik, möglichst ohne Pestizide und ohne Monokulturen. Darüber hinaus unterstützen wir Initiativen, die Informationen zu nachhaltiger Ernährung bereitstellen.

Wir fördern insbesondere Angebote wie SoLaWi, die solidarische Landwirtschaft in Marburg. Mit dem Haus der Nachhaltigkeit werden wir einen Ort schaffen, an dem alle nachhaltigkeitsorientierten Initiativen zusammenkommen und sich vernetzen können.

Dazu gehören für auch die Maßnahmen zur Ernährung, die im Klimaaktionsplan festgesetzt wurden. Ich möchte zum Beispiel urbanes Gärtnern fördern und dazu Flächen bereitstellen.

(4) Wie wollen Sie die Arbeit des Ernährungsrates fördern?

Der Ernährungsrat ist eine wichtige Initiative, die die Stadt nicht nur durch Vernetzungsangebote fördern sollten. Ich finde es deshalb folgerichtig, dass wir das Engagement auch finanziell unterstützen.

(5) Wie wollen Sie die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit dem Ernährungsrat gestalten?

Ich habe die Gründung des Ernährungsrats aus voller Überzeugung unterstützt und freue mich darauf auch in Zukunft von der Expertise, von kreativen Ideen und ganz konkreten Handlungsvorschlägen zu hören und im Austausch das Leben und die Ernährung der Marburger*innen noch nachhaltiger zu gestalten.

Antwort Bündnis 90 / Die Grünen, Nadine Bernshausen

1. Welche Bedeutung sollte aus Ihrer Sicht das Thema „nachhaltige Ernährung“ für die kommunale Politik haben?

Das Thema Ernährung hat global eine große Bedeutung und sollte deshalb auch in der kommunalen Politik, also hier vor Ort, eine besondere Bedeutung zukommen. Denn auch im „kleinen“ Marburg können wir Wege gehen, etwa durch regionale und saisonale Ernährung, die einen großen Beitrag für Gesundheit, Umwelt und Klima leisten. Als langjähriges Mitglied im Vorstand des Weltladen in Marburgs habe ich eine besondere Beziehung zur nachhaltigen Ernährung, die globale Herausforderungen auch im kommunalen bearbeiten möchte. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist das Engagement zum Fairen Handeln.

Auch wir GRÜNE hier in Marburg haben uns schon lange diesem Thema verschrieben. So haben wir es 2009 erreicht, maßgeblich vorangetrieben durch unseren hauptamtlichen Dezernenten, zur „Hauptstadt des Fairen Handelns“ ernannt zu werden. Ich trete unter anderem dafür ein, dass wir diesen Weg wieder einschlagen.

Der Faire Handel ist nur ein Teil dessen, was ich unter nachhaltiger Ernährung verstehe. Ich versuche, Ihnen mit der Beantwortung Ihrer Fragen einen Eindruck davon zu geben, welche Schwerpunkte ich zu diesem Thema setzen möchte. Dabei will ich betonen, dass für mich das Amt der Oberbürgermeisterin bedeutet, verschiedene Expert*innen anzuhören, zusammenzubringen und ein Verfahren zu moderieren, wie wir uns in Marburg auf den Weg machen können, diese Stadt nachhaltig zu gestalten. Deshalb erlaube ich mir, an dieser Stelle auf meine Homepage (https://www.nadine-bernshausen.de) hinzuweisen, auf der sie verschiedene Kontaktmöglichkeiten finden. Ich lade Sie herzlich dazu ein, mir Ihre Gedanken und Ideen zukommen zu lassen.

(2) In welchen Politikbereichen sehen Sie wesentliche Ansatzpunkte für eine kommunale Einflussnahme auf das Ernährungssystem?

Wir sind uns sicher darüber einig, dass in nahezu allen Politikbereichen Potentiale vorhanden sind, die eine Einflussnahme auf das Ernährungssystem möglich machen. Auf der kommunalen Ebenen sehe ich vor allem in den Bereichen Bildung und Gesundheit wesentliche Ansatzpunkte für die Möglichkeit, nachhaltige Ernährung auf die Tagesordnung zu bringen. Die größte Einflussnahme erkenne ich allerdings nicht zwingend in einem der politischen Themenbereiche. Vielmehr glaube ich, kann eine nachhaltigeres Ernährungssystem vor allem dann erfolgreich sein, wenn dieses Thema in der Breite der Stadtgesellschaft ankommt. Wenn es uns also gelingt, Fragen der Ernährung und Gesundheit inmitten unserer Stadt zu diskutieren. Wenn es uns gelingt, deutlich zu machen, dass wir alle davon profitieren, in einer Stadt zu leben, die das Nachhaltige und die nachhaltige Ernährung in den Vordergrund stellt. Dafür wäre es mir ein Anliegen, gemeinsam mit Ihnen und vielen verschiedenen Akteuren einen Diskussionsprozess zu starten, der heute das Ernährungssystem von morgen einläutet.

(3) Welche wesentlichen Elemente hat Ihre kommunale Ernährungsstrategie? Wie wollen Sie die Entwicklung dieser Ernährungsstrategie auf den Weg bringen?

Auf vielen verschiedenen Ebenen ist es mein Anliegen, endlich eine kommunale Ernährungsstrategie zu etablieren:

In dem Bereich Bildung möchte ich unter anderem Kindern und Jugendlichen in den Schulmensen und Betreuungseinrichtungen gute und ausgewogene Verpflegung anbieten. Das Essen soll biologisch, regional, gentechnikfrei und pflanzenbetont sein. Außerdem würde ich gerne die Angebote und Initiativen der „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ ausbauen und weiter unterstützen. Dabei müssen die Themen Ökologie, Nachhaltigkeit und Ernährung einrichtungsintern verankert werden – dies reicht von der energetischen Sanierung der Schulgebäude bis hin zur strukturierten Zusammenarbeit mit lokalen Bildungsträgern.

Wichtig ist es für mich außerdem, eine nachhaltige und ausgewogene Ernährungsstrategie zu etablieren, die für alle Marburger*innen zugänglich ist. Hier möchte ich sowohl mit den Bauern aus der Umgebung, den Verbrauchern vor Ort, den verschiedensten Initiativen und Interessierten Strategien entwickeln.

Wenn ich sage, dass es mein Anliegen ist, neue Prozesse zu moderieren, die uns zusammen in ein neues Morgen bringen, dann heißt das für mich insbesondere:

- ➔ nicht belehren, sondern erfahrbar machen, wie gesunde Ernährung stattfinden kann, etwa durch die Öffnung der Beteiligungsmöglichkeiten an Projekten wie „Essbare Stadt“, Selbsterntefelder und interkulturelle Gärten.

- ➔ die Möglichkeit eröffnen, dass wohnortnah Ökobauernhöfe entstehen, die nicht nur sicht- und erfahrbar machen, wie gesunde Nahrungsmittel entstehen, sondern deren Produkte man auch vor Ort kaufen kann;

- ➔ den Ausbau von Streuobstwiesen, auch mit alten resistenten Sorten, und ihre umfänglichere Nutzung vorantreiben und damit nicht nur die Geschmacksvielfalt der Früchte erfahrbar machen, sondern auch ein besseres Verständnis darüber fördern, was regionale und saisonale Versorgung bedeuten;

- ➔ die Unterstützung von den verschiedenen Initiativen in diesem Bereich.

(4) Wie wollen Sie die Arbeit des Ernährungsrates fördern?

Um die Arbeit des Ernährungsrates angemessen zu fördern, wünsche ich mir einen sehr engen, ehrlichen und regelmäßigen Austausch mit Ihnen. Als Oberbürgermeisterin will ich Vermittlerin sein: Nach meiner Wahl wäre es mir ein Anliegen, die Anregungen und Ideen des Ernährungsrates in das Rathaus zu holen, damit wir gemeinsam diesen breiten Prozess durch Diskussionsformate und Veranstaltungen auf den Weg bringen können. Darüber hinaus möchte ich Räume und Veranstaltungsorte für Ihr Vorhaben zur Verfügung stellen und natürlich gerne bei der Umsetzung der Ziele unterstützen.

(5) Wie wollen Sie die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung mit dem Ernährungsrat gestalten?

Mir ist die enge Zusammenarbeit mit Ihnen ein Herzensanliegen. Lassen Sie uns gemeinsam für ein neues Ernährungssystem streiten, das ganzheitlich gedacht wird. Gesundheits-, Landwirtschafts-, Bildungs-, Sozial-, Bewegungspolitik müssen Hand in Hand gehen, um im Angesicht der vielen Herausforderungen krisenfest zu sein. Ich will, dass wir die globalen Probleme, hier im Kommunalen anpacken, damit Marburg in der Zukunft nicht nur von Krise zur Krise verwaltet wird, sondern diese wunderbare Stadt gestaltbar bleibt. Wir müssen uns also auf den Weg machen, die Marburger Stadtgesellschaft für dieses Thema zu sensibilisieren, an einen Tisch zu setzen und Konzepte zu entwickeln, die ein krisenfestes Ernährungssystem möglich macht. Denn: Gesundes Essen, frische Luft, (Natur-)Raum zum Entspannen oder Erleben und eine nachhaltige Landwirtschaft helfen uns nicht nur, die Krisen zu bewältigen, sondern steigern die Lebensqualität in unserer Stadt. Als Oberbürgermeisterin bin ich mir meiner Rolle bewusst. Ich bin diejenige, die Prozesse

moderiert, die beste Lösung für alle sucht und im miteinander ein neues morgen gestalten will.

Diese Beschreibung verstehe ich als Aufgabe, nicht schon vorher zu wissen, wie die beste Lösung aussieht, sondern offen für alle Lösungen zu sein. Dieses Verständnis wird meine Arbeit auch im Umgang in der Politik, mit der Verwaltung und dem Ernährungsrat prägen. Ich bin nämlich fest davon überzeugt, dass wir notwendigen Veränderungen wirklich nachhaltig nur mit der gesamten Stadtgesellschaft möglich machen können.